

**Haushaltsrede zur Einbringung des Haushaltes 2012 der Stadt Aachen**  
Stadtkämmerin Annekathrin Grehling

12. Oktober 2011

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
meine Damen und Herren,

26 Kommunen im Land Nordrhein-Westfalen verfügen über ein genehmigtes Haushaltssicherungskonzept - HSK (Stand: 31.12.2010), 138 weitere Kommunen haben ein nicht genehmigungsfähiges HSK, wovon 34 Kommunen bereits überschuldet sind bzw. bis 2013 überschuldet sein werden.

Die gute Nachricht vorweggeschickt. Wir sind es nicht! Die schlechte: Wir könnten ihnen bald Gesellschaft leisten. Die Stadt Aachen wird laut Plan im Jahr 2012 einen jahresbezogenen Fehlbedarf in Höhe von rd. 55,6 Mio € ausweisen.

Damit schreibt der jetzige Haushaltsplanentwurf die voraussichtliche Ergebnisplanung des Vorjahres fort, leicht verbessert um etwas über 2 Mio €. Ebenso nahezu konstant ist die Ergebnisplanung für das Jahr 2013 mit einem Defizit von ca. 40,4 Mio €. Im Jahr 2014 verschlechtert sich die Planung - gegenüber den Einschätzungen der Haushaltsplanung 2011 - um ca. 3 Mio auf ein Defizit von knapp 39 Mio €. Für das Jahr 2015 beläuft sich das geschätzte Minus auf knapp 33 Mio €.

Auffällig an diesen Zahlen ist, dass es nicht gelingt, eine spürbare Verbesserung über die Jahre zu erzielen, die quasi ein haushalterisches Aufatmen mit sich bringen würde.

Vielmehr müsste man eigentlich die Luft anhalten und gebannt auf die prozentualen Zahlen des Eigenkapitalverzehrs pro Jahr schauen, da sich hieran die Frage der Genehmigungsfähigkeit des Haushaltes orientieren wird.

Sie bedenken an dieser Stelle bitte noch einmal die haushalterischen Grenzen seit Einführung des NKF.

Der Haushalt der Stadt Aachen ist offensichtlich nicht ausgeglichen. Er kann nicht mehr auf die Ausgleichsrücklage zurückgreifen, gilt damit auch nicht als ausgeglichen. Er ist also wie im Vorjahr genehmigungspflichtig. Er ist genehmigungsfähig, wenn nicht in zwei aufeinanderfolgenden Jahren mehr als 5% des Eigenkapitals durch das jährliche Defizit aufgezehrt werden.

Dass das Jahr 2012 diese Messlatte reißen würde, war bereits mit der letzten Haushaltsplanung eine feststehende Tatsache. Schon im Vorjahr hatten wir für das Haushaltsjahr 2012 den Eigenkapitalverzehr mit 6,37% (6,55% unter Berücksichtigung der aktuellen Zahlen der Eröffnungsbilanz) beziffert. Nunmehr liegt er bei 6,30%.

Das also entscheidende Jahr 2013 liegt nunmehr bei 4,88% Verzehr des Eigenkapitals. Im Jahr 2014 wird es noch einmal richtig eng mit 4,94%, um im Jahr 2015 auf fast entspannende 4,40% zu sinken.

Die Gratwanderung, die wir hier beschreiten, ohne an den Grenzen zur Haushaltssicherung zu scheitern, muss jedem angesichts dieser Zahlen klar sein.

Um es noch deutlicher zu formulieren:

Im Jahr 2013 braucht es nur einen Mehraufwand oder Wenigerertrag in der Größenordnung von gut 1 Million € und die 5% Hürde ist gerissen. In 2014 liegt der Puffer bei gar nur einer halben Million €-

Bitte vergegenwärtigen Sie sich noch einmal das Gesamthaushaltsvolumen von über 700 Mio € (Aufwendungen ca. 762€). Wir reden über 0,14% in etwa, die in diesem Haushalt an Fehlerwartungen liegen dürfen für das Jahr 2013, und die Haushaltssicherung ist unvermeidbar.

Die Versuchung, meine Damen und Herren, lag während der Vorbereitung des Haushaltsplanentwurfs mehr als einmal nahe, die Segel zu streichen; zumal angesichts all der Unwägbarkeiten, die zum jetzigen Zeitpunkt noch gegeben sind, da ganz wesentliche Eckdaten für den Haushalt noch nicht bestätigt sind.

Wir wissen heute noch nicht, wie letztlich die erst einmal zu zahlende Städteregionsumlage bemessen sein wird, weder über den gesamten mittelfristigen Planungszeitraum hinweg - wie das ja durchaus vorkommen kann -, noch für das kommende Jahr 2012. Das Gemeindefinanzierungsgesetz 2012 ist noch nicht da. Es gibt keine Orientierungsdaten für die Größe der Schlüsselzuweisung, von einer Modellrechnung gar nicht zu reden. Und natürlich bleibt da die ganz große Glaskugel der wirtschaftlichen Entwicklung und damit der eigenen Erträge der Stadt.

Ich lege diesen Haushaltsplanentwurf gleichwohl jetzt vor, verbunden allerdings mit der Botschaft, er wird sich im Beratungszeitraum kaum zum Positiven verändern. Sollten sich die externen Daten deutlich verschlechtern, wird schon für das Jahr 2012 die Aufstellung eines pflichtigen HSK unvermeidlich sein. Für das Jahr 2013 sollten Sie damit rechnen. Um diesen scheinbar unvermeidlichen Weg vorzubereiten, die Möglichkeiten des freiwilligen HSK zu verbessern, werden wir zur nächsten Ratssitzung Sie, den Rat der Stadt Aachen bitten, uns auf diesem Weg einer breiteren, besseren wirkungsorientierten Haushaltskonsolidierung zu unterstützen.

Die jetzige Planung gibt Ihnen den erforderlichen Stand der Dinge, beschreibt auch für Sie und Ihre Beratungen, aber auch für die Diskussionen mit den Bürgerinnen und Bürgern die wesentlichen Eckdaten und legt nachdrücklich offen: Es ist nicht die Zeit, ein Mehr an Aufgaben erfüllen zu können. Dies ist auch der Grund, warum wir uns - im Übrigen abgestimmt zwischen Politik und Verwaltung in den fraktionsübergreifenden Workshops - dazu entschlossen haben, im Rahmen der gemeinsam verabredeten Bürgerbeteiligung zum Haushalt nicht den Eindruck zu erwecken, als könnten hier neue Erwartungen auf ein Mehr an Leistung durch die Stadt begründet werden.

Wie aber kommt es denn nun, dass ich Ihnen kein besseres Zahlenwerk prognostizieren kann? Wie passt das zu den Erfahrungen dieses noch laufenden Jahres 2011, das sich hinsichtlich seiner finanziellen Erwartungen geradezu in Optimismus überschlug.

Die Wirtschaft zog an. Die Gewerbesteuererträge z.B. belaufen sich heute bereits auf eine Sollstellung von 170 Mio €. Das sind fast 25 Mio € mehr als geplant. Die Einkommenssteuer liegt ebenfalls gut im Plan, die Umsatzsteuer wohl leicht darüber.

Alle Zeichen stehen also doch auf Aufschwung, auf Verbesserung. Die IHK fand ja, die Stadt könnte auf neue Steuererträge verzichten, die gerade einmal so groß sind wie in etwa der Puffer für 2013.

Die Ursachen sind schnell aufgezeigt:

1. Jeder, der sich auch nur ansatzweise mit der Haushaltsplanung der Stadt beschäftigt hat, weiß oder muss wissen, dass der wirtschaftliche Aufschwung in unserer mittelfristigen Planung des Vorjahres

bereits eingepreist war! Die Ertragskurve konnte vor dem Hintergrund des laufenden Jahres nur angepasst werden, wovon im Wesentlichen das Jahr 2012 profitiert hat.

2. Wie sagt man so schön, ein Sonnenstrahl macht noch keinen Sommer. Angesichts jetzt wieder nach unten geschraubter allgemeiner Wirtschaftsdaten davon auszugehen, wir könnten den Überraschungseffekt des laufenden Jahres jährlich wiederkehrend wiederholen, also jedes Jahr noch einmal um ca. 20 Mio € aufstocken, wäre weder richtig noch redlich. Wir haben uns bewusst von den Orientierungsdaten gelöst, den Bezugssockel des Jahres 2012 zwar um ca. 10 Mio gegenüber der Vorjahresplanung erhöht, danach allerdings allein eine kontinuierliche Steigerung von 3 % zu Grunde gelegt.

Meine Damen und Herren, wir setzen schon auf ein dauerhaftes Wachstum, obwohl bekannt ist: Markt heißt Veränderung, auch immer Anpassung und Wandel, also auch mitunter ein finanzielles Innehalten, eine Delle, die dem neuerlichen Aufschwung – dann hoffentlich wieder – vorausgeht. So gesehen hoffe ich, dass wir mit unseren Zahlen im Durchschnitt stimmig sind. Ob und inwieweit hier noch nach oben hin Spielraum geschaffen werden kann, wird die Zeit der Beratung zeigen. Und glauben Sie mir, gerne würde ich mich hier eines Besseren belehren lassen.

Und jetzt kommt

3. der Pferdefuß: im gesamten Planungszeitraum erhöhen wir unsere ohnehin hohen Aufwendungen um 15,9 Mio € in 2012, um weitere rd. 5 Mio in 2013, um weitere 8,6 Mio € in 2014 und um weitere 5,5 Mio € in 2015.

Es gelingt nicht, die Aufwendungen auf eine statische Linie zu bringen, so dass die Schere zwischen Aufwand und Ertrag weiter eine nachhaltige Chance hat, sich zu kurz- oder mittelfristig zu schließen.

Nehmen wir beispielhaft das laufende Jahr: Wir mussten die Aufwendungen im Bereich der Hilfe zur Erziehung erhöhen, die Personalaufwendungen werden nur wenig über Plan liegen, Abschreibungen und Festwerte schlagen zu, steuerliche Debatten helfen uns auch nicht wirklich. Strukturelle Erfordernisse etwa auch unserer Töchter machen uns zu schaffen, auch einmalige Defizite wie auf Seiten der ASEAG oder der dauerhaft hohe Preis des ÖPNV muss sich irgendwo bemerkbar machen. War dieser Preis auf knappe 13 Mio € noch in 2008 gedeckelt, verzehren die – erweiterten – Leistungen des ÖPNV jetzt ca. 19,6 Mio €.

Es geht nicht um Schuld oder Nichtschuld, es geht um die simple Tatsache, dass über 6 Mio € mehr, 6 Mio € mehr sind. Wenn sie nicht durch den Konzern ausgeglichen werden können, kommt die Mehrbelastung im städtischen Haushalt an. Gäbe es diese Mehrbelastung nicht, könnte andererseits die Ausschüttung unserer Tochter größer sein.

Wir können zwar trotz aller Mehrbelastungen wohl davon ausgehen, dass das Jahr 2011 besser als geplant abschließt, insgesamt die Mehrerträge die Mehraufwendungen überwiegen, also es wird ein Plus geben. Damit verbleibt mehr Eigenkapital als geplant. Aber auch hier als Hinweis, ein um 10 Mio€ verbessertes Jahresergebnis 2011 würde die Eigenkapitalverzehrquote des Jahres 2012 nur unwesentlich in der Kommastelle verbessern.

Welche Mehraufwendungen werden nun im nächsten Jahr anstehen? Wieder wird das Thema Personalkosten relevant, wieder wird die HZE sich bemerkbar machen. Steigende Sachkosten werden hinweg zu konsolidieren sein. Und was an zweckgebundenen Mehrerträgen den Haushalt entlasten könnte, muss eben zweckgebunden den Aufwand, den Leistungskatalog erweitern. Das heißt, der Haushalt bleibt an den Stellen wie etwa Schulsozialarbeiter neutral, aber eben nur neutral in dem Minus in dem er vorher war. Kostendeckend heißt eben nicht mehr als keine zusätzliche Verschlechterung, das heißt also, es bleibt bei 55 Mio € Minus im nächsten Jahr.

Und es bleibt trotz aller vorangegangener Konsolidierungsrunden, trotz des freiwilligen Haushaltssicherungskonzeptes, das bis zum Jahr 2015 bereits mit Konsolidierungsbeiträgen in Höhe von ca. 5 Mio € haushaltsrelevant zugeordnet ist, in 2015 bei einem Delta von eben rd. 33 Mio € - und dabei ist ebenso wiederum eine Deckelung der Personalkosten ab 2013 eingeplant gegenüber einem landesstatistischen Zuwachs von ca. 1 % der entsprechenden Kosten.

Natürlich hört sich das schon gut an, reduziertes Defizit von ca. 55 Mio € auf nur noch ca. 33 Mio €, es bleibt aber bei einer Eigenkapitalverzehrquote von nur knapp unter 5%. Logisch, denn die Bezugsgröße des Eigenkapitals schmilzt ja mit jedem Jahr. Bereits das bedeutet, selbst wenn Sie mit dem Stand eines genehmigungspflichtigen Haushalts zufrieden wären, müssten Sie, um diesen Stand zu halten, pro Jahr weitergehend ca. 5 Mio € erwirtschaften, über die hohen Erträge und über die jetzt bereits eingeplanten Konsolidierungsbeiträge hinaus. Dann liefen Sie auch notgedrungen langsam auf einen Haushaltsausgleich zu.

Aber nochmal: Das setzt anders formuliert voraus, dass Sie die Ertragssteigerung quasi auf unendlich ohne jegliche Delle fortschreiben müssten. Gleiches würde für die Schlüsselzuweisungen z.B. gelten. Und dann würden wir über das Zieljahr um 2021 reden.

Aus Sicht der Kämmerin kann dies nicht zureichend sein, und doch sind mir aus der Zeit der Haushaltsplanung zwei Sätze haften geblieben:

„Wir hatten doch auch schon früher ein Haushaltssicherungskonzept nötig, waren sogar im Nothaushalt- und hat uns das wirklich daran gehindert Dinge zu tun, die wir für nötig hielten?“

Der andere lautete:

„Frau Grehling, die Landesregierung hat doch schließlich die Bedingungen der Haushaltskonsolidierung vereinfacht.“

Diese Sätze bestätigen einen ganz anderen Satz von Martin Luther King: „In Zeiten raschen Wandels können Erfahrungen dein schlimmster Feind sein“. Und unsere Erfahrung scheint irgendwie zu sein, dass alles, wirklich alles schlimmer ist, als ein schlechter Haushalt.

Natürlich gibt es Haushaltserlasse, natürlich gibt es die Androhung disziplinarrechtlicher Maßnahmen, natürlich weist der Bund der Steuerzahler darauf hin, dass endlich die Kommunen den Kopf aus der Schuldenschlinge ziehen müssten, doch welche Konsequenzen gibt es?

Weder wurden Räte durch Sparkommissare entmachtet, noch wurde die Zustimmung zu neuen freiwilligen für den Bürger spürbare Ausgaben verweigert. Große Projekte finden sich auch nach wie vor in den haushaltslosen Kommunen.

Das ist also unsere Erfahrungswelt. Eben die, dass alles irgendwie weitergeht – auch ohne Geld. Man braucht nur ein paar Verhaltensregeln und schon ist es gut. Manche Nebenwirkungen sind nicht wirklich angenehm, aber alles halb so wild.

Und ich weiß, dass viele nach wie vor an diese Erfahrungen glauben, glauben, dass dieses alte Muster beibehalten bleibt. Vielleicht wollen sie es auch nur glauben, weil das Wissen um eine neue Realität Sorgen macht und Ängste schürt.

Was würde denn passieren, würden wir glauben, Banken hätten nicht mehr die erforderliche Liquidität, um uns unsere zu geben, oder würden sich andere Kunden aussuchen, um denen Liquidität zu verschaffen? Was würde denn passieren, würden wir glauben, dass wir Not hätten, Kassenkredite aufzunehmen, um die Gehälter unserer Bediensteten zu zahlen? Ist es da nicht besser daran zu glauben, dass das nie passieren wird, und dass wir erst einmal und nur alles daran setzen sollten, so ordentlich und effizient wie möglich zu sein?

Fakt ist aber, dass während der zurückliegenden 12 Monate beispielsweise 12 % der Kämmerer im Rahmen ihres Finanzmanagements die Erfahrung machen mussten, dass ihnen eine oder mehrere ihrer Partnerbanken keine Kreditangebote mehr unterbreiten wollten oder sie durch ungünstige Kreditkonditionen gezielt abzuwehren versuchten. Überproportional häufig sind es Kämmerer aus NRW-Kommunen, die über diese Erfahrung zu berichten wissen.

Immer neue Kreativität in Bezug auf immer neue Finanzierungsinstrumente ist nicht nur Folge einer immer neuen Suche nach besseren Konditionen, sondern entspringt auch der blanken Notwendigkeit, neue Finanzquellen aufzutun zu müssen.

Bürgerfonds, Bürgeranleihen klingen nach einer stärkeren Bindung zwischen Bürger und Stadt, der Förderung des Interesses an den eigenen Projekten, der Suche nach ihrer Unterstützung und damit dem Erkennen, das Projekt sei von der Einwohnerschaft gewollt. All dies ist vielleicht auch so, de facto befreien diese Schritte allerdings ein Teil der Schuld aus der bloßen Abhängigkeit von diesem allgemeinen Finanzmarkt, der mit Basel III, mit Griechenland, mit der Diskussion um den Rettungsfonds, der Diskussion um die Insolvenzmöglichkeit von Staaten, noch mehr seiner Berechenbarkeit verloren hat.

Die Zeichen dafür, dass auch wir mit den Veränderungen unserer Zeit rechnen müssen, mehren sich. Ist es denn wirklich ohne Grund, dass erstmals die Verantwortlichen in Bund und Land die Not der Kommunen erkennen und reagieren? Vielleicht, nein wahrscheinlich nicht auskömmlich, aber immerhin, sie erkennen, dass die Kommunen allein nicht mehr dazu in der Lage sind zu schultern, was man Ihnen aufgebürdet hat, zu schultern, was man von ihnen erwartet. Sie erkennen, dass es an der Zeit ist, auch auf der Ebene der Kommunen eine große Entschuldung zu beginnen.

Wie gesagt, man darf bezweifeln, dass die jetzigen Zahlen eine Lösung des Problems bedeuten werden. Viele der Kommunen, denen über das Rettungspaket geholfen werden soll (bzw. wird), erklären bereits heute, dass es ihnen unmöglich sein wird, das gesteckte Ziel des Haushaltsausgleichs auch mit den neuen frischen Mitteln zu

erreichen. Zu groß ist die aufgelaufene Schuldenlast, sind die daraus resultierenden Zinsen, zu groß sind die eigenen erforderlichen Konsolidierungsanstrengungen.

An der Stelle erlauben Sie mir bitte einen Satz in Richtung des Bundes der Steuerzahler: Zu glauben, dass alle Kommunen ohne Hilfe des Landes wieder auf die Füße kommen könnten, ist aus meiner Sicht schlicht Unfug. Es ist allerdings bedauerlich, dass die Hilfe des Landes vor den „normal verschuldeten“ Kommunen in Nordrhein-Westfalen quasi stehen bleibt.

Wir werden nicht von diesem Stabilitätspakt profitieren. Wir gehören vielmehr zu den Kommunen, die auf weitergehende Verbesserungen der Landeszuweisungen verzichten müssen, um innerhalb der kommunalen Familie mit zu helfen.

Das ist der schwierige Teil: Kranke helfen Kranken. Und das kann schief gehen, wenn man den Helfenden überfordert. So müssen wir hoffen, dass die Schlüsselzuweisungen zumindest wie geplant fließen werden, trotz aller zu erwartenden Umverteilung in die strukturschwachen Kommunen. Damit wir eine Chance haben, wenigstens nicht schlechter zu werden, brauchen wir weitergehende Unterstützung, wie etwa über die Übernahme der Grundsicherungskosten durch den Bund.

Hier müssen wir aber zu unserem Erschrecken feststellen, dass diese großen Entlastungen Gefahr laufen, zumindest zum Teil nicht bei den Kommunen anzukommen. So kann z.B. die Städteregeion diese Entlastungen in 2012 noch nicht weiterreichen, wenn sie davon ausgehen muss, dass der Landschaftsverband diesen Vorteil wieder über seine Umlageforderung abschöpft.

Wir haben in unserem Haushalt unterstellt, dass dies nicht bzw. nicht in der angedrohten Höhe passieren wird. Und ich kann nur alle bitten, die hier mit Stimme und Einfluss versehen sind, sich nachhaltig dafür einzusetzen, dass die umlagefinanzierten Körperschaften nicht versuchen, auf Kosten der angeschlossenen Kommunen ihre Haushalte zu stützen. Es ist allerdings bedenklich, dass der zuständige Minister diese Körperschaften geradezu dazu anhält, genau diesen Weg zu gehen.

Doch gleich wie, man muss erkennen, dass die Welt des Haushälters in Bewegung ist. Will man also etwas in der eigenen Haushaltswelt ändern, muss man es jetzt tun. „Nur Pessimisten schmieden das Eisen so lange es heiß ist, Optimisten vertrauen darauf, dass es nicht erkaltet“, sagte der Schriftsteller Peter Bramm.

In diesem Sinne vollziehe ich den genetischen Wechsel des Rheinländers und bekenne mich als glühender Pessimist. Und das Eisen, das ich schmieden möchte, nennt sich wirkliche Haushaltskonsolidierung, die an einem Leitbild festmacht, an strategischen Zielvorgaben, Ihren strategischen Zielvorgaben, die wir in der Verwaltung umsetzen müssen. Es bedeutet Abwägen und auch loslassen können.

Wir haben etliche „normale“ Konsolidierungsrunden hinter uns, um die Aufwandsseite nach unten zu bewegen, haben nachweislich Millionen erspart oder besser gesagt, nicht ausgegeben. Ein Konsolidierungspaket von 40 Mio €, ein freiwilliges Haushaltssicherungskonzept mit der Zielmarke von 10 Mio €. Und doch, es reicht nicht!

Sicher, es könnte noch besser gehen mit der Effizienz oder dem Wirtschaften. Aber selbst bei einem statischen Aufgabenpaket hat das seine Grenzen. Wir arbeiten an einer Nutzbarmachung der neuen Möglichkeiten von Prozesssteuerung und Optimierung allemal mit den Möglichkeiten des Neuen Kommunalen Finanzmanagements und unsere Mitarbeiter weisen mich – mit allem Recht der Welt – darauf hin, wie sie in verschiedenen Projekten

um Ergebnisse gerungen haben und stolz auch auf Erfolge verweisen können, die nicht zuletzt Grundlage unserer Konsolidierungseinplanungen sind.

Wir werden und müssen ihre Grundlagen, um dies tun zu können, weiter Schritt um Schritt verbessern! Aber, alle Kritiker, die sagen, dies brauche zu viel Zeit, verweise ich an die Modellkommunen, die mit ungleich mehr Personal nicht wirklich ungleich weiter sind.

In den letzten Jahren haben unsere Mitarbeiter neben den genannten Konsolidierungsrunden, Umstrukturierungen und gesetzlichen Änderungen in den Fachbereichen, die Umstellung eines IT- Systems, eines gesamten Finanzverfahrens, die Erstellung einer Eröffnungsbilanz mit der Gesamtsumme von ca. 2,6 Milliarden €, den ersten Schritten hin zu einem neuen Controlling, die Vorbereitung neuer Formen des Jahresabschlusses vollzogen.

Und das alles mit einem schweren, angeschlagenen Tanker, einem der weit weniger Fehler verzeiht, als ein Luxusliner, der nahezu alle technischen Notlösungen beinhaltet, der nicht unter dem Diktat der Mangelverwaltung steht.

An dieser Stelle gilt es, ihnen allen für ihr Engagement und ihren Einsatz zu danken, auch und gerade im Rahmen dieser Haushaltsvorbereitung. Aber trotz aller Erfolge, trotz des gestiegenen Bewusstseins - sicher noch nicht überall, innerhalb wie außerhalb der Verwaltung - wollen wir wirklich darauf vertrauen, dass allein in der Art und Weise des Tuns der notwendige Konsolidierungsbeitrag von 30-40 Mio € jährlich plus notwendige etwa Preissteigerungen zu finden ist?

Und noch einmal sei daran erinnert: Der kommunale Haushalt gesundet nicht quasi selbstheilend allein am wirtschaftlichen Aufschwung, oder besser gesagt, erst recht nicht der kommunale Haushalt. Dies ist eine Tatsache und „Tatsachen schafft man nicht dadurch aus der Welt, dass man sie ignoriert“ (Aldous Huxley, engl. Schriftsteller).

Was aber bedeutet das für uns in der Konsequenz? Gute Ratschläge, meine Damen und Herren, gibt es scheinbar genug. Die Vertreter der Wirtschaft und der Bund der Steuerzahler fordern immer wieder, sich doch endlich auf den eigentlichen Kernbedarf zu beschränken und so endlich Schluss zu machen mit den kommunalen Schulden. Und immer wieder kommt das Allheilmittel: korrigiert den Personalhaushalt. Ungeachtet der Tatsache, dass das, wie ich auch schon mehr als einmal betont habe, arbeitsrechtlich oder beamtenrechtlich nicht mit einem Fingerschnippen geschehen kann, was ist denn im entscheidenden Moment gewollt?

Schränken wir die Ausbildung ein (unabhängig von der demografischen Frage, wie viele Leute wir für ausscheidendes Personal in Zukunft brauchen werden)? Sollen wir die Arbeit in der Wirtschaftsförderung einschränken, schlicht freiwillige Aufgabe, trotz des Hinweises, dass Ansiedlungs- und Beratungspolitik unverzichtbar ist – und ein Blick auf das ein oder andere Gewerbegebiet zeigt, vielleicht kein unzutreffender Hinweis? Im Bereich der Kultur, heißt das, das Theater und oder Orchester um seine Grundlagen berauben? Soll weniger Personal im Ordnungsbereich tätig werden, obwohl die Beschwerden über Ruhestörungen und Unsauberkeiten zunehmen? Oder im Bürgerservice, der sich gerade auf neue wirtschaftlichere Füße gestellt hat oder vielleicht im Finanzbereich, damit die Jahresabschlüsse als Grundlage zukünftiger Planungen endgültig aus dem Blickfeld geraten oder, oder, oder... .



Die Stadt ist ein Unternehmen mit rd. 4.300 Mitarbeitern. Vielleicht nicht alle gleich gut, wie das nun einmal sein kann. Nicht alle mit dem vordersten Blick auf die Wirtschaftlichkeit ihrer Tätigkeit, wie das bei allen Großunternehmen der Fall sein wird, aber im Großen und Ganzen mit Engagement bei der Sache, vielfach mehr als eigentlich zugemutet werden sollte, das weiß ich aus eigener Erfahrung in meinem Bereich, aber auch in den anderen Bereichen, wenn ich z.B. an den oft gescholtenen Bereich der HZE denke.

„Wir denken selten an das, was wir haben, aber immer an das, was uns fehlt.“ sagte Arthur Schoppenhauer. Was wir haben könnte uns bewusst werden, wenn wir wirklich genau in die Kommunen schauen, die haushalterisch am Ende sind, wenn wir hinter die Projekte und die ein oder andere neue Straße oder Fußgängerzone blicken, wenn wir z.B. auch realisieren, wo Gebühren wie erhöht worden sind.

Wir sind besser. Was uns andererseits heute fehlt kann schnell aufgezählt werden und die Liste kann auch Jahr für Jahr ebenso schnell erweitert werden.

Dazu zählt aber auch die Angabe, wo wir haushalterisch stehen wollen, welche Rolle der Haushalt in unserer Stadt einnehmen soll. Arbeiten wir nur daraufhin, ein rechnerisch stimmiges Haushaltssicherungskonzept zu erreichen oder wollen und müssen wir mehr? Wollen und müssen wir uns nicht auch den Haushaltsausgleich zum Ziel setzen, zum Schutz unserer Leistungsfähigkeit auch für die Zukunft? Ist es nicht einfacher heute, einen Teil der Wünsche und ja auch vermeintlicher Notwendigkeiten abzulehnen, um die Grundlagen für die kommenden Generationen zu bewahren, um das leisten zu können, was Sie als das Wichtigste in unserer Kommune auswählen?

Bis heute basiert die Haushaltskonsolidierung im Wesentlichen auf den Vorgaben eines eher operativen Controllings bzw. der Hinterfragung von Effizienz eigenen Handelns. „Tun wir die Dinge richtig?“ ist die eher bestimmende Frage. Dabei bin ich mir darüber im Klaren, dass man auch das noch auf breitere Füße stellen muss. Wirkungsanalyse auf der Basis eines stimmigen Berichtswesens gilt es zu entwickeln. Doch über allem muss auch und gerade die Frage stehen: Tun wir die richtigen Dinge? Diese Frage muss gestellt werden im Sinne eines strategischen Controllings eines defizitären Haushalts mit der damit verbundenen erforderlichen Priorisierung von Aufgaben und Aufgabeninhalten.

Dazu braucht es Sie, den Rat der Stadt Aachen, der unter dem vielzitierten Leitbild der Stadt, Ihrer Vision für die Zukunft der Stadt politische Leitziele definiert und ihre Gewichtung. Wir sind gefordert, dafür die besten Instrumente und Wege zu finden, sie immer wieder zu hinterfragen, den Mut zu haben, auch Bestehendes abzulösen und Neues zu versuchen.

Das ist eine ungeheure Aufgabe und Herausforderung, die nur in breitem Konsens zu schaffen ist und mit der Gemeinsamkeit von Rat und Verwaltung.

Sie ganz konkret anzugehen, wäre ein anderer Weg mit unserem Haushalt umzugehen, anstatt darauf zu warten, ob und wann 5% Eigenkapitalverzehr für eine so geringe Summe stehen, dass Sie gar keine Handlungsmöglichkeiten mehr haben und Visionen Gefahr laufen, im Keim erstickt zu werden.

„Ich kann freilich nicht sagen, ob es besser werden wird, wenn es anders wird, aber soviel kann ich sagen, es muss anders werden, wenn es gut werden soll“. Diesem Zitat von Georg Christoph Lichtenberg kann ich mich nur anschließen.

Wir können nicht auf Hilfe von außen warten. Sie ist begrenzt. Nur auf Wunder zu hoffen, dürfte selbst dem größten Optimisten zu wenig sein. Dass dauerhafte Überschuldung irgendwann bestraft wird, dürfte uns die Welt im Moment hinreichend vor Augen führen. Dass wir zu wenig Geld für alles haben, hoffe ich, ist klar geworden. „Wege entstehen dadurch, dass man sie geht“, so sagt Franz Kafka. Das gilt auch für neue Wege.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!